

Interpellation

der Fraktion der FDP

betr. Verbilligung von Dieselkraftstoff.

Laut § 2 Absatz 2 des Gesetzes zur Aufhebung und Ergänzung von Vorschriften auf dem Gebiete der Mineralölwirtschaft vom 31. Mai 1951 hat die Bundesregierung oder der Bundesminister der Finanzen durch Rechtsverordnung Vorschriften über die Verbilligung von Dieselkraftstoff für die Landwirtschaft und zum Betriebe von Schiffsmotoren in der Binnen-, Küsten-, Hochseefischerei und in der Binnen-, Küsten-, Hochsee-Schifffahrt zu erlassen.

Laut Drucksache Nr. 2193 hat der Bundestag bei Verabschiedung des oben erwähnten Gesetzes folgende EntschlieÙung angenommen:

„Die Bundesregierung wird ersucht, in Ausführung des § 2 Absatz 2 Ziffer 1 mit Wirkung vom 1. April 1951 Verbilligungen zu gewähren, die dem Stand vom 31. März 1951 entsprechen, solange sich nicht die zu diesem Zeitpunkt bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse und die Wettbewerbsbedingungen wesentlich verändern.“

Diesem Gesetz bzw. dieser EntschlieÙung ist der Bundesminister der Finanzen nur teilweise gefolgt.

Vor dem 1. April 1951 wurden nachgelassen

- | | |
|-----------------------|--------------------|
| a) Binnenschifffahrt | DM 28.50 je 100 kg |
| b) Hochseeschifffahrt | DM 32. — je 100 kg |
| c) Hochseefischerei | DM 33. — je 100 kg |

Laut Verordnung vom 6. Juni 1951 werden dagegen verbilligt:

Gruppe a — c mit DM 22. — je 100 kg

Überhaupt übergangen wurden:

- 1) Landwirtschaft
- 2) Fahrgastschiffe und Fähren,

die zur Gruppe der Binnenschifffahrt gehören und vor dem 1. April 1951 in gleicher Weise wie die gewerbliche Güterschifffahrt in die Verbilligung einbezogen waren.

Wir fragen die Bundesregierung:

- 1. Warum ist die Bundesregierung vom Gesetz und von der Entschlieung abgewichen?**
- 2. Ist sich die Bundesregierung bewußt, daß durch die teilweise Negierung des Gesetzes und der Entschlieung insbesondere der Binnenschiffahrt, die in hartem Konkurrenzkampf gegen die ausländische Schiffahrt steht, schwerer Schaden zugefügt wurde?**
- 3. Ist die Bundesregierung bereit, durch eine ergänzende Verordnung unverzüglich die Vorschriften des Gesetzes und den Sinn der Entschlieung zu erfüllen?**

Bonn, den 9. Juli 1951

**Rademacher
Revenstorff
Juncker
Dr. Hoffmann (Baden)
Dr. Miessner
Dr. Schäfer
Mayer (Stuttgart)
Grundmann
Dr. Hammer
Dr. Mende**

Euler und Fraktion